

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Größte und meistverbreitete Zeitung

der Kreise Neuß und Grevenbroich

Seitensprecher Nr. 58.

Seitensprecher Nr. 58.

Die „Neuß-Grevenbroicher Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Als Beilage das St. Quirinusblatt. Preis für den Monat durch Boten ins Haus gebracht Mk. 6.00. Geschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 46. Reichsbank-Giro-Konto. Postfach-Konto 41800.



Angaben finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem kauftüchtigen Leserkreis unseres Blattes die beste Wirkung. Anzeigenpreis für die 9 gepaltene Seite 1.50 Mark, außerhalb der Kreise Neuß und Grevenbroich 1.75 Mark, und für die 4 gepaltene Reklameseite 5.00 Mark. Anzeigen erbeten bis 5 1/2 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages, Zahlung bei Aufgabe.

Nr. 231

Für die Schriftleitung verantwortlich: Dr. Heinrich Staab.

Freitag, 7. Oktober 1921 (Sergius)

Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß.

48. Jahrgang

Neuestes in Kürze.

Frankfurt a. M., 7. Okt. Der Musikdirektor Professor Dr. Karl August Rau, Direktor des städtischen Instituts für musikalisch-pädagogische Forschung zu Wiesbaden ist hier gestorben.

Berlin, 7. Okt. Der „Berliner Lokalanzeiger“ meldet aus Halle: Die Porzellan-Fabrik „H. G.“ fordert die streikende Belegschaft des Werkes zur sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit auf, andernfalls die gesamte Belegschaft fristlos entlassen sei.

Karlsruhe, 7. Okt. Das „Nachtbrunnenblatt“ meldet, daß im badischen Oberlande bereits nahezu die gesamte Weinernte nach der Schweiz verkauft wurde. Die Weinpreise stiegen infolgedessen von etwa 1000 auf 2000 Mark und sogar darüber. Kolonnenweise fahren Personen- und Kraftwagen der schweizerischen Kaufleute beladen mit neuem Wein über die Grenze.

München, 7. Okt. Wie die Blätter melden, wurde der verantwortliche Schriftleiter des „Völkischen Beobachters“ (national-sozialistisch) wegen Verleumdung des ehemaligen sozialdemokratischen Ministers Erhard Haerz zu 400 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Schriftleiter des „Miesbacher Anzeigers“ wurde wegen Verleumdung Haerz, dem er vorgeworfen hatte, daß er in seinem Kampf gegen die Einwohnerviertel unter dem Einfluß des englischen General-Konsuls gestanden habe, zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt.

Hamburg, 6. Okt. Güterräuber erbrachen in der vergangenen Nacht auf dem Bahnhof Hamburg-Süd einen Wagen, aus dem sie eine Kiste raubten, die 22 000 bulgarische Reichsmark neuste Ausgabe enthielt. Es handelt sich um Banknoten, die noch nicht umlaufen und daher selbst den Fachkreisen noch unbekannt sind. Von solchen Noten befanden sich in dem Wagen weitere größere Ballen. Vor Aufnahme der Noten wird gewarnt. Die gestohlenen Serien tragen die Nummern 400 000—420 000.

Königsberg, 6. Okt. Heute vormittag sind in Königsberg 3 Cholerafälle festgestellt worden. Eine im bakteriologischen Institut beschäftigte Frau infizierte sich dort und hat ihre beiden Untermieter angesteckt. Die Frau ist bereits gestorben.

Seag, 6. Okt. Die „Seagor Tagespost“ meldet aus Göteborg: Streikende veranlassen eine Demonstration und verlangen die Schließung der Geschäfte, weil die Fiskale der Raubader Kreditbank nicht geschlossen wurde. Das Gebäude wurde schwer beschädigt. Der Schaden beträgt drei Millionen.

Leipzig, 6. Okt. Ein amtlicher Bericht vom Hofe besagt, daß die Krankheit des Kaisers große Fortschritte macht. Im Publikum wird jeden Augenblick die Todesanzeige erwartet.

Ende der deutschen Reichsbahn?

Berlin, 6. Okt. Der ehemalige preussische Eisenbahndirektor v. Breitenbach, hat in der Presse die Frage aufgeworfen, ob eine staatliche Verwaltung heute überhaupt noch in der Lage ist, die Eisenbahnleistungen in Ordnung zu bringen, oder ob die Reichsbahn nicht besser in die Privatwirtschaft überführt werden sollte.

Der Staatssekretär im Reichsverkehrsministerium, Stiller, antwortet heute in der Deutschen Allgemeinen Zeitung, daß diese Frage als einzige Punkt auf der Tagesordnung einer in dieser Woche stattfindenden Besprechung der Eisenbahndirektionspräsidenten stehe, zu der die früheren Leiter der Staatsbahnenverwaltung eingeladen worden seien. Weiter sei beachtlich, diese Frage noch in diesem Monat im Sachverständigenrat des Reichsverkehrsministeriums zu erörtern.

Teuerungsklassen und Wirtschaftsklassen.

Auf die kleine Anfrage Nr. 261 der Abgeordneten Dr. Meißner und Schmidt (Sons) hat der Finanzminister nachstehende Antwort erteilt:

Zu 1: Die Einkünfte der Orte in den besetzten Gebieten in die einzelnen Teuerungsklassen ist feiner eingeteilt worden. Mit Rücksicht auf die derzeitige geschäftliche Lage ist nicht beabsichtigt, in eine erneute Prüfung einzutreten.

Zu 2: Der Antrag, die Wirtschaftsklassen zu erhöhen, ist mit Rücksicht darauf, daß das Reich den größten Teil der Kosten der Wirtschaftsklassen trägt, dem Reichsfinanzministerium zur Kenntnis übergeben worden.

Der Kapp-Putsch-Projekt.

Leipzig, 7. Okt. Für den am heutigen Freitag beginnenden Projekt gegen Kapp und Genossen (Kapp-Putsch-Projekt) sind nicht weniger als hundert Zeugen geladen und es sind zehn Verhandlungstage in Aussicht genommen. Da die Feststellung des Tatbestandes keine besondere Schwierigkeiten machen dürfte, ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß ein großer Teil der Zeugen wieder entlassen wird, was eine nicht unerhebliche Verkürzung der Projektdauer zur Folge haben dürfte.

Das Wiesbadener Hauptabkommen unterzeichnet.

Die ehemaligen polnischen Insurgenten rücken von Polen ab.

Ersterfolge der industriellen Kreditaktion.

Wiesbaden.

Berlin, 6. Okt. Die Minister Dr. Rathenau und von Neurath haben heute in Wiesbaden in Vollmacht ihrer Regierungen das Abkommen über deutsche Sachlieferungen an Frankreich abgeschlossen. Die Unterzeichnung der Nebenabkommen erfolgt voraussichtlich am Freitag.

In dem Abkommen befinden sich die beiden Regierungen den Willen, den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs durch Lieferung von Sachleistungen zu unterstützen. Die Sachleistungen sollen auf beiden Seiten durch private rechtliche Organisationen erfolgen. Für die Lieferungen gilt die Einfuhrsteuer, die für Frankreich nur für die Zwecke des Wiederaufbaus verwendet darf. Zu den Lieferungen ist die deutsche Organisation nur insofern verpflichtet, als sie mit den Produktionsmöglichkeiten Deutschlands, den Bedingungen seiner Rohstoffversorgung und den inneren Bedürfnissen seines sozialen und wirtschaftlichen Lebens vereinbar sind. Der Gesamtwert der Lieferungen soll bis zum 1. Mai 1926 sieben Milliarden Goldmark nicht übersteigen. Sie sollen erfolgen durch unmittelbare freie Vereinbarung der deutschen und französischen Organisation. Für den Fall, daß eine Vereinbarung nicht zustande kommt, entscheidet eine Kommission über die Lieferungsbedingungen, die Preis, Transport- und Lieferungsbedingungen endgültig. Diese Kommission setzt sich zusammen aus einem Deutschen, einem Franzosen und einer dritten gemeinschaftlich bestimmten oder vom Schweizer Bundespräsidenten ernannten Person.

Für die Preisfestsetzung kommt es nicht in freier Vereinbarung erfolgt, gilt ungelöst der normale französische Inlandspreis, abzüglich der Zoll- und Transportkosten. Der in dem Preisverzeichnis festgesetzte Preis niedriger als der gleiche Preis für die gleiche Ware in Deutschland, so ist Deutschland nur verpflichtet zu liefern, soweit diese Preisdifferenz nicht höher ist als 5 Proz. Der Wert dieser Preisdifferenz kann höchstens 5 Proz. des Gesamtwertes der Lieferung des betreffenden Wertes betragen.

Die Zahlung an die deutsche Lieferungsorganisation geschieht durch die deutsche Regierung. Dieser wird der Wert der Lieferung auf Reparationskonto gutgeschrieben. Der Betrag der Wert der Lieferungen aus dem Abkommen in einem Jahre weniger als ein Milliarde Goldmark, so werden in diesem Jahre 45 Proz. des Wertes dieser Lieferungen gutgeschrieben. Der Höchstbetrag der Deutschland in einem Jahre gutgeschrieben werden darf, ist eine Milliarde Goldmark.

Der Kongresspolen ist nicht unser Bruder.

Berlin, 7. Okt. Nach einer Mitteilung aus Kattowitz erklärt der Verband ehemaliger polnischer Insurgenten einen Aufruf, in dem es heißt: Nach dem Aufstand kamen wir nach Polen und da erkannten wir von Tag zu Tag klarer, daß Oberösterreichs Land nie mit diesem Lande verknüpft sein kann. Eine Vereinigung Oberösterreichs mit Warschau bedeutet den Ruin unserer geliebten Heimat. Der Kongresspolen ist nicht unser Bruder! Er steht uns wie ein Fremder gegenüber. Was wollen wir von Warschau? Ignus mit den Kongresspolen aus Oberösterreich. Das ist die Forderung von über 8000 oberösterreichischen polnischen Insurgenten. Unterzeichnet ist der Aufruf von Franz Werit, Vorsitzender des Verbandes polnischer Insurgenten, ehemaliger Insurgentensprecher und Abteilungscommandeur.

Gegen die Polenlügen.

Genf, 6. Okt. Die oberösterreichischen Organisations Allgemeine deutscher Gewerkschaftsbund, deutscher Gewerkschaftsbund und deutscher Gewerkschaftsbund haben als Vertreter von 220 000 Arbeitern und Angestellten dem Völkerverbund eine Denkschrift überreicht, in der gegen die vollständig irreführenden Angaben in der von polnischer Seite übergebenen Denkschrift protestiert wird.

Genf, 6. Okt. Der bereits in der vorigen Woche in Genf vernommene Vertreter der deutschsprachigen Arbeiter Oberösterreichs Karg, ist wieder in Genf eingetroffen, um dem Völkerverbund über den wahren Tatbestand bei den Betriebsratswahlen in Oberösterreich Mitteilung zu machen. Nach den Darlegungen des Vertreters sind die letzten Ergebnisse der Betriebsratswahlen 2262 Deutsche und 1100 polnische Kandidaten, also genau das Gegenteil eines polnischen Sieges.

Ein neutraler Beobachter.

Madrid, 6. Okt. In einem Aufsatz der Aktion wird die Frage der Teilbarkeit Oberösterreichs behandelt und ausgeführt, daß die Oberösterreichische Gesandtschaft eine Teilung erkannt hätte. Immer weitere Kreise wünschten das Verbleiben bei Deutschland. Aktion erklärt, daß die öffentliche Meinung in Spanien sich weiter mit dem Studium der Frage befassen

müsse, da eine gerechte Lösung, wie sie England anstrebe, für das gesamte Europa, ja sogar für die gesamte Welt bedeutungsvoll sei.

Die Hilfsbereitschaft der Stände.

Berlin, 7. Okt. Ebenso wie der Reichsverband der deutschen Industrie haben auch, laut Berliner Tageblatt, die Banken, der Handel und die Landwirtschaft besondere Kommissionen gebildet, die die Frage des Kreditangebots an die Reichsregierung bearbeiten sollen. Die vier Ausschüsse werden in der nächsten Woche voraussichtlich am Dienstag mit dem Reichskanzler Dr. Brüning über die Ausbringung der Goldmilliarde verhandeln. Wie das Blatt weiter hört, sind vorgelegten im Reichsfinanzministerium eine Sitzung in der Frage der Kreditangebots statt. Es wurden bereits bestimmte Pläne für die Durchführung der Angebots vorgelegt.

Neben die amerikanischen Anleiheangebote an die deutsche Industrie berichtet das Berliner Tageblatt, daß, nachdem der Plan der deutschen Industrie, eine Goldmilliarde zu Reparationsleistungen aufzubringen, am 17. September im New Yorker Herald veröffentlicht worden war, bereits am 20. September in Berlin das erste Angebot einer Anleihe von einer großen amerikanischen Finanzgruppe eintraf. Vor etwa einer Woche fragte eine andere Finanzgruppe Amerikas in Berlin an, ob man deutsche Unternehmer nach Amerika schicken würde. Mit diesen amerikanischen Finanzleuten finden bereits Verhandlungen im Auslande statt. Gestern traf in Berlin die Mitteilung einer dritten amerikanischen Finanzgruppe ein, wonach heute zwei amerikanische Finanzleute nach Berlin kommen würden, um über eine amerikanische Anleihe zu verhandeln. Wie das Blatt weiter mitteilt, stehen deutsche Industriekreise auch mit Vertretern der valaisischen Länder Europas in Unterhandlungen. Auch diese Angelegenheit soll sich günstig entwickeln.

Thüringen.

Sehrift, 6. Okt. Der Thüringer Landtag wurde heute eröffnet und zum Präsidenten der Reichstagsfraktion Heber gewählt, zum ersten Vizepräsidenten Baum (Thür. Landbund) und zum zweiten Vizepräsidenten Dreßler (N.S.P.). Ein Antrag, einen dritten Vizepräsidenten zu wählen, um auch der Volkspartei, die ebenso viele Sitze hat wie die N.S.P., eine Vertretung zu ermöglichen, war von der Linken abgelehnt worden. Das läßt ohne weiteres schließen auf die Regierungsbildung, die morgen erfolgen wird. Eine rechtssozialistische Regierung mit Brandenstein an der Spitze steht außer allem Zweifel.

Das Urteil im Köthener Hochverratsprozeß.

Leipzig, 6. Okt. In dem Köthener Hochverratsprozeß wurde gestern nach abschließender Verhandlung das Urteil gesprochen. Von den Hauptangeklagten erhielten der Reichsminister Dr. Brüning und der Reichsminister Dr. Brüning je sechs Jahre, der Reichsminister Dr. Brüning je sechs Jahre, der Reichsminister Dr. Brüning je sechs Jahre. Gegen die übrigen Angeklagten wurde wegen Weichheit zum Hochverrat Gefängnis von einhalb bis zu vier Jahren ausgesetzt. Fünf Angeklagte wurden freigesprochen. Der Arbeiterführer Köndke aus Köthen wurde wegen räuberischer Erpressung zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Sämtlichen Angeklagten wurden mildernde Umstände zugebilligt. Gegen 13 Angeklagte wurde der Haftbefehl aufgehoben.

Angarn im Burgenland.

Wien, 6. Okt. Amtlich wird gemeldet: Die ungarischen Warden halten seit gestern gegen jedes Völkerverständnis die offene Stadt Angarn an der Leitha andauernd unter Gewehr- und Maschinengewehrfire. Wie das österreichische Korrespondenzbüro erfährt, brachte die österreichische Regierung diesen unerwünschten besonderen Kräfte der internationalen Rechte sofort den Mächten zur Kenntnis und erhob dagegen sehr energig Einspruch.

Die Eisenbahnkatastrophe im Tunnel.

Paris, 6. Okt. Die Zahl der bei dem gestrigen Eisenbahnunglück Getöteten beträgt bis jetzt 18. Man befürchtet jedoch, daß sich noch weitere völlig verlorene Leichen unter den Trümmern befinden. Ein größeres Unglück wurde dadurch verhütet, daß vom Bahnhof St. Lazare sofort die elektrische Stromleitung abgeschnitten wurde, die in einer Länge von 15 000 Volt neben der Eisenbahnlinie herging. Da durch den Brand die Holzverschalung des Tunnels stark beschädigt ist, wurde der Betrieb der Untergrundbahn zwischen den Stationen Villiers und Barnes bis auf weiteres eingestellt.

Die Katastrophe im Bagnolles-Tunnel ereignete sich dadurch, daß sich sechs Wagen des Vorortzuges lösten und im Tunnel stecken blieben. Infolge des Mangels konnte der Lokomotivführer des folgenden Zuges dieses Hindernis nicht erkennen, so daß ein Zusammenstoß unvermeidlich war.

Der griechisch-türkische Krieg.

Atten, 6. Okt. Der Heeresbericht vom 3. Oktober besagt: An der Front von Kium Karahisar geht die Offensive gegen neu gesammelte feindliche Streitkräfte fort. Der Feind wurde auf der ganzen Front unter großen Verlusten zurückgeschlagen und wurde auf dem Gebirgsnastiv Kium Tepe, Bedwile Tepe, Karahislin Tepe und den Höhen von Polidit geworfen.

Die deutsche Hilfsexpedition für Rußland.

Berlin, 6. Okt. In einem Bericht an das Deutsche Rote Kreuz vom 26. September teilt Professor Mählen mit, daß die Hilfsexpedition des Deutschen Roten Kreuzes in Petersburg von Vertretern der Regierung, des russischen Roten Kreuzes von der Regierung, sowie von den Gewerkschaften herabgelassen wurde. Dem Wunsch des russischen Roten Kreuzes gemäß begibt sich die Expedition zunächst in das am schwersten heimgesuchte Gebiet des Gouvernements Kasan, um von dort aus auch die Wolgablitzte zu bereisen. Die Ausrüstung des Sanitätszuges ist nahezu vollständig, so daß er spätestens am 10. Oktober von Petersburg abgehen kann.

Die Stickstoffwirtschaft.

Berlin, 6. Okt. Eine beteiligte Seite teilt mit: Die Erhöhung der Stickstoffpreise hat auf allen Wirtschaftszweigen starke Preissteigerungen verursacht. Rohne und Gehälter wurden rückwirkend von August ab erhöht, weitere Erhöhungen stehen in Aussicht. Die Kohlenpreise wurden rückwirkend vom 1. September ab gesteigert, die Frachterhöhung seit dem 1. Oktober um 1. November ein. Gleichzeitig ist eine Erhöhung der Kohlensteuern geplant, die Verdoppelung der Umfahlersteuer steht in naher und fester Aussicht. Die Auswirkungen auf die Lebenshaltung der Bevölkerung sind nicht zu unterschätzen. Die Stickstoffdüngung mittel war unerschwinglich und mußte zu einer möglichst raschen Preissteigerung auch bei den noch unter der Höchstpreisverordnung stehenden Stickstoffdüngemitteln geschehen werden. Um dieses für den deutschen Wiederaufbau wichtigste Wirtschaftsgut nicht mangelnd werden zu lassen, wurde deshalb von der Regierung nach Prüfung der Verhältnisse eine Erhöhung der geltenden Preise genehmigt und verfügt, und zwar um 20 Prozent für Stickstoff und Ammoniakdünger sowie Ammoniakpeterdünger, während der reine Stickstoffpeter im Hinblick auf seine wesentlich höheren Herstellungskosten eine Preissteigerung von 37 Prozent erhielt. Auch nach dieser Preissteigerung ist der Stickstoffdünger bei dem heutigen Markkurs in Deutschland nur halb so teuer wie im Auslande, während die mit Hilfe des Stickstoffdüngers erzeugten landwirtschaftlichen Produkte sich den Auslandspreisen schon sehr weit näherten. Zur Behebung des Stickstoffmangels bedarf es der Behebung der Rohstoffpreise, die wiederum eine wesentliche Mindernde Menge Weizen, Roggen und Gerste zu verkaufen als vor dem Krieg. Bei Kartoffeln, Futter und Futter nur ungeliefert die Hälfte. Auch bei den heutigen Preisen für Stickstoffdünger besteht deshalb für jeden denkenden Landwirt ein großer wirtschaftlicher Anreiz zur Verwendung möglichst viel dieses wachstumsfördernden Stoffes.

Die Messen Preußens.

Berlin, 6. Okt. Der Preussische Landtag nahm die Messenunterstützung für Preußen, Köln, Frankfurt a. M. und Königsberg i. Pr. mit je zweieinhalb Millionen Mark an.

Kleine Nachrichten.

Berlin, 5. Okt. Der Margarineverband teilt mit, daß infolge der Rohstoffpreissteigerungen und der schlechten Markverhältnisse die Preise für Margarine erhöht werden müssen.

Berlin, 7. Okt. Wie der Berliner Lokalanzeiger erfährt, werden die am 1. Dezember in Kraft tretenden Eisenbahnfahrtpreise nach folgenden Einheitsätzen gebildet werden: Es kostet das Kilometer in der vierten Klasse 17 Pfennig, in der dritten Klasse 26 Pf., in der zweiten Klasse 48 Pf. und in der ersten Klasse 77 Pf. Die Erhöhung gegen die bisherigen Fahrpreise beträgt 30 Prozent.

Berlin, 6. Okt. Der Arbeiter Bochale, welcher die Witwe Gille er ermordete und beraubte, wurde zum Tode verurteilt.

Hamburg, 7. Okt. Wie gemeldet wird, legte der Fahrer der deutschen demokratischen Partei, Senator Dr. Petersen, Mitglied des Reichstages, sein Mandat bei der Hamburger Bürgerschaft nieder, ebenfalls schied der Reichstagsabgeordnete Dr. Lamp aus der Bürgerschaft.

Berlin, 6. Okt. Im preussischen Abgeordneten-
hause sagte Handelsminister Bismarck u. a. Wir
haben alle Kenntnis von den Worten, die No-
belpreis in Genf gesprochen hat. Möge man in
Frankreich diese Worte auf Oberflächlichem anwenden.
Oberflächlich bildet ein Lebensinteresse
Deutschlands. (Lebhaft Zustimmung.) Eine
Teilung des oberflächlichen Wirtschaftsgebietes
erscheint uns gleichbedeutend damit, daß man ein
Weiterleben der einzelnen Teile unmög-
lich macht.

Die Hauptschuld an dem neuerlichen Rückgang der Mark trägt unsere Verpflichtung, in Dollar zu zahlen. Reichs- und preussische Regierung sind entschlossen, nach Möglichkeit die Erfüllung dessen, was wir übernahmen, zu leisten. Aber auf der anderen Seite muß man sich doch die Frage vorlegen, ob sie sich nicht selbst im Wege steht, wenn sie darauf drängt, daß die Verpflichtungen aus dem Ultimatum bis zum letzten Pfennig erfüllt werden. Hinsichtlich unserer Reparationsleistungen kann die allergrößte Schädigung des Landes entstehen, wenn der Ruf laut wird: „Juridic quo Devisé.“ Im Auslande werden 60—80 Millionen deutsche Noten öffentlich gehandelt. Nimmt man dem Auslande die Möglichkeit, mit diesen deutschen Noten die Schuld an Deutschland zu bezahlen, ist es ganz selbstverständlich, daß diese Noten und Wertpapiere weiter im Auslande unlaufrufen, ihre Verkaufsmöglichkeit sich weiter mehrt, wodurch unsere Mark dann weiter sinkt. Eine Wendung, die angesichts der Entwertung unserer Mark notwendig wäre, wird jedoch erst eintreten, wenn das Ausland zu dem Erkenntnis kommt, daß es sich mit den uns im Ultimatum auferlegten Verpflichtungen in eigen e Fleisch schneidet.

Auf Grund der Verordnung 98, Artikel 11, der Rheinlandzollkommission bleibt bis zur Bildung des vorgezeichneten Interalliierten Kontrollausschusses das Einfuhr- und Ausfuhramt für die Kontrolle des Warenverkehrs zwischen dem bisherigen Rheingebiet und dem Ausland zuständig. Für die Dauer dieser Anordnung hält die niederbayerische Handelskammer Duisburg-Wesel den Kurierdienst mit dem Ausfuhramt Gms aufrecht. Bewilligungsanträge für den Warenverkehr zwischen dem bisherigen Rheingebiet und dem Ausland gehören das linksrheinische Gebiet des Kammerbezirks — und dem Ausland werden auch weiterhin von der Kammer erledigt.

Die Glasflüße vorm. Gebr. Siegmart u. Co., Stolberg Rhld., (Verkauft durch Dr. Reppert u. Co., Bonn), welche die Fabrication von Säurebällen infolge der Sanktionen einstellen mußte, hat nunmehr den Betrieb wieder aufgenommen. Wenn vielleicht die schädlichen Wirkungen, die die Sanktionen ausgeübt haben, von gewissen Kreisen immer noch in Zweifel gezogen werden sollten, so ist diesen Kreisen hiermit ein neuer Beweis für die gegenteilige Behauptung in die Hand gelegt.

Berlin, 6. Okt. Die internationalen Verhandlungen der vier Parteien über die Regierungs-Umgebung in Preußen, die heute früh von dem Ministerpräsidenten Stegerwald unter dem Vorsitz des Landtagspräsidenten Bismarck fortgesetzt wurden, dauerten drei Stunden. Ein Beschluß ist noch nicht erzielt worden, doch ergab sich in den Verhandlungen Uebereinstimmung in einigen grundlegenden Fragen. So wird wenigstens in einer amtlichen Verlautbarung mitgeteilt. Die Verhandlungen selbst sind für streng vertraulich erklärt worden. Die unabhängigen wa-

8) *Novelle von Theodor Storm.*

Auch dieses letztere Geminnis fühlte Ines, und

Die Begriffe „Ergativwert“ oder „gemeiner Wert“ spielen in der Feuerpolitik eine große Rolle, vordem mit Bezug auf den Grundbesitz. Unter dem „gemeinen Wert“ versteht man durchweg den Verkaufs- oder Marktwert, den das Grundstück bei einem etwaigen Verkauf erzielen würde, den das „Ergativwert“ versteht man denjenigen Wert, den das Grundstück bei einer Versteigerung erzielen würde. Der „Ergativwert“ ist eine Leistungsfähigkeit besitz. Der Ergativwert ist daher der eigentlich nützliche und innere Wert eines Grundstücks. Der Verkaufspreis dagegen ist ein rein äußerlicher Wert, den das Grundstück ein durchzufälliger ist und mit dem inneren Wert des Grundstücks meist gar nicht übereinstimmt.

Das Gewicht dieser Gründe ist durch die Weltausstellung und die Verhältnisse auf dem Grundstücksmarkt nun noch erhöht worden. Der gemeine — oder Verkaufswert kann nur festgestellt werden durch Uebertragung

ren, wie man hört, in dieser Besprechung nicht vertreten. Die Frage ihrer Einbeziehung in die Koalitionsbildung wurde umfassend erörtert, ohne daß man aber auch hier zu einem Abschluß gekommen wäre. Im Laufe der nächsten Woche sollen die Verhandlungen fortgesetzt werden.

Königen, 5. Ott. Der Vater. Antier berichtet von dem Selbsten des Ortspriesters **Darmüller** von Oppau anlässlich der Skatolopse. Sein Pfarrhaus ist eine Ruine geworden, die Mauern sind geborsten, alle Zimmer voll Schutt, das ganze Dach abgedeckt und faul. Die Kisten förmlich zerplittert. Der alte Vater des Pfarrers ist von einer in das Zimmer geflogenen Zür zu Boden gestürzt und mit blutigen Wundgegriffen versehen. Trotzdem eilte der Pfarrer, sobald er die dicke Staubwolke durchdringen konnte, um die zerbrochenen Glasküfster zu ersetzen, legte gleichsam Habitusbänder um den Ertrunkenen und Verunglückten die he. Sacramente zu spenden. Ebenso waren auch die Geistlichen aus Ludwigshafen und der ganzen Nachbarschaft, die Patres von Dagersheim und Barmherzige Schwestern und andere Ordensfrauen sofort zur Stelle. Als im Laufe des Nachmittags nichts begab, schickte sich der Pfarrer nach der Anglikanischen Kirche, um sich von dort einen Prediger zu beschaffen. In der Zwischenzeit wurde auch bei der Direction der Rhein-Flussfahrt besprochen, ob man ihn der Drey Director seinen Dank aus der besten Weise für seine Hülfsleistung, die die Priester den Verwunden leisten, danken sollte. Im südlichen Krankenhaus selbst konnte sich der Pfarrer, der Bischof abzuzeigen, wie tröstend sein Besuch von den Verunglückten entgegengenommen wurde. Selbst solche Bedauernswürthe, die scheinbar ganz bewußtlos dalagen, flügelten ihm beim Begehen ihr „dank schön“ nach.

Paris, 6. Okt. General Ludendorff hat den Sonderberichterstatter des „Deuvre“ in München auf dessen schriftliche Fragen u. a. erklärt, er glaube nicht, daß die französischen und deutschen Interessen notwendigerweise entgegengesetzt sein

Die junge Frau antwortete nicht darauf, sie sagte nur: „So wird das Kind mir niemals nahekommen.“

Er wollte wieder ihre Hand fassen, aber sie entzog sie ihm.

„Ines," sagte er, „verlange nur nichts, was die Natur verlag: von Mesi nicht, daß sie dein Kind, und nicht von dir, daß du ihre Mutter

Die Thränen brachen ihr aus den Augen.
 „Aber, ich soll doch Ihre Mutter sein,“ sagte sie
 nicht bettend.
 — „Ihre Mutter? Nein, Ines, das sollst du
 nicht.“
 „Was soll ich denn, Rudolph?“
 — „Hätte sie die nöthigende Antwort auf
 diese Frage nicht befehlen können, sie würde sie
 sich selbst gegeben haben. Er schloß das und sah
 ihr sinnend in die Augen, als müsse er dort die
 besten Worte finden.

auf die abstr. Grundstoffe. Zum anderen steigen Preise gegenwärtig noch mehr als früher, hauptsächlich von kapitalträchtigen durch die Kriegs- und Nachkriegslage hervorgerufen, nicht aus der Landwirtschaft stammenden Personen für Längstär aller Großtaffen Preise berechnet, die deren wirtsch. inneren Wert bei weitem übersteigen. Diese wirtsch. Preise, die vielfach bewußt ohne Rücksicht auf die Rentabilität aus bekannten Gründen angelegt werden, können immingals als Wertmesser dienen. Die Gründe, welche früher immer für die Zugrundelegung des Ertragswertes bei der Bewertung ausschlaggebend waren, bessehn also heute noch mindestens in demselben Maße. Gleichwohl aber soll nach den neuen Steuerbefehlen der Reichsregierung von den bisherigen Ertragswerten abgegangen und statt des Ertragswertes der gemeine Wert zugrunde gelegt werden. Die Reichsregierung gibt in der Begründung zu den neuen Steuerentwürfen selbst zu, daß in der heutigen Zeit der Wirtschaft- und Wertschwankungen der sachlich einwandfreie Maßstab für den gemeinen Wert überhaupt nicht gefunden werden könne.

Eine Befreiung nach dem gemeinen Wert kann unter Umständen noch zu weiteren öffentlichen Unbilligkeiten führen. Nicht selten nämlich ist der gemeine Wert am Stichtage aus irgend welchen Gründen ein höherer, ohne daß bei dem Grundstück eine Veränderung eingetreten ist, insbesondere der Ertragswert gesteigert hat. Der Eigentümer hat dann die nicht unerhebliche Zuwachssteuer zu bezahlen. Falls nun am nächsten Stichtage der gemeine Wert wieder auf den ursprünglichen Stand zurückgegangen ist, hat der Eigentümer offenbar eine unangenehme Steuer entrichtet, da von dem Wertzuwachs nichts der Rebe sein konnte. Ein solches unbilliges Ergebnis wird bei der Bewertung nach dem Ertragswerte vermieden. Wenn nämlich infolge von Ertragssteigerungen ein höherer Wert eingetufen ist zu veräußern ist, so hat auch der Eigentümer einen Vorteil aus einem Nutzen von diesem höheren Werte gehabt. Wenn man den Veräußerungswert als steuerliche Grundlagel heranzieht, so wird die naturgemäße Folge sein, daß die Steuer nicht mehr aus den Erträgen gezahlt werden kann, sondern daß die Vermögens- und Produktionsgrundlagen selbst angegriffen werden muß. Die weitere Folge davon ist, daß die Erträge des verbleibenden Restes von Jahr zu Jahr geringer werden und immer weniger dazu ausreichen, die geforderten Lasten auszubringen.

Montag nachmittag wurde der deutsche Flüchtling Matschke aus Saulsdorf beim Vorübergehen bei der französischen Kaserne von französischen Soldaten angepöbele. Er stellte einen französischen Soldaten daraufhin zur Rede, wurde aber von den Soldaten geschlagen und tief davon. Die Soldaten schossen hinter ihn her. Ein Schuß verwundete Matschke am Kopfe. Eine weitere Verwundung erlitt er durch eine Handgranate, die ihn nachgeworfen wurde. Matschke kletterte in ein Haus am Schelde-Wege, wurde aber von den ihn verfolgenden Soldaten herausgeholt und so lange mit Seitengewehren bearbeitet, bis er tot liegen blieb. In diesem Augenblicke erschienen Späheanten, die bei dem Verles, die Leiche des Matschke wegschaffen, von den französischen Soldaten verweigert wurde. Die Leiche ist bis heute nicht gefunden worden. Einer Verwandten des Ermordeten, die sich am Montag bei der französischen Wache im Gemeindegast nach dem Verbleib der Leiche erkundigte, wurde von dem französischen Offizier die Auskunft verweigert.

London, 1. Okt. Meuter meldet: Das von Ra-
thenau und Concheur abgeschlossene Leber-
einkommen wird von englischen Finanzassessoren
den geprüft. Aus politischen Gründen
kann England gegen das Leber-einkommen kei-
nen Einwand erheben. Jeder Plan, der
Frankreich beim Wiederaufbau seiner verheer-
ten Gebiete unterstützen sollte so wenig wie möglich Ab-
hängigkeit finden. Vor einer eingehenden Prüfung
des Abkommens ist es jedoch unmöglich, festzu-
stellen, wie weit das Abkommen die Verteilung der
Entschädigungen unter die Verbündeten in Mit-
deutschland zieht und ob es mit dem Entschä-
digungsabkommen in Einklang zu bringen
ist. Bis hierüber Klarheit geschaffen worden ist,
kann man in seinem Urteil nur sehr zurückhaltend
sein. Obgleich Concheur und Rathenau einen zu-
sammenzutreffen, um das Abkommen zu unterzei-
gen, so wird es dennoch erst in Kraft treten, wenn
es die Billigung des Wiederherstellungsausschus-
ses gefunden hat.

Abend, 5. October. Heute begann in Köln die 12. Generalversammlung des Bundes deutscher Frauenvereine mit einem Begrüßungsabend im Gürzenich. Der Saal war bis auf den letzten Platz besetzt. Der Gürzenich, ein unter Leitung des Generalmusikdirektors Prof. Weber, ein herrliches Ambiente, wurde mit der formvollendeten der Erstgipfel Köln die festliche Stimmung. Den Gemeinschaftsleben des Volkes gilt unser Vorkommen, der vaterländischen Kultur, der sozialen Fürsorge und der geistlichen Gestaltung des öffentlichen Lebens zu dienen, sei unsere Aufgabe. Unsere Aufgabe. Wir Frauen am Rhein wollen uns in unserer Liebe und Treue zum Vaterland von niemand überstehen lassen. Regierungspräsidentin begrüßte die Versammlung und verwies auf den Geist der Frauenbewegung auf die Gestaltung des öffentlichen Lebens in den angelsächsischen Ländern und sagte, daß nach statistischen Ermittlungen in Deutschland ein Frauenverein von 2.500 Mitgliedern besteht. Dann entfiel durch Frau v. Achenbach, schloß sich. In Vertretung der Fürstin zu Wied dem Wesen der Vaterländischen Frauenvereins der Rheinprovinz seine Willkommensgrüße. Frau Badem-Zeyher betonte das Gefühl der Zusammengehörigkeit der Frauen und gelobte, daß der Vaterländischen Frauenverein mit dem Bundesverband der Frauenvereine Hand in Hand arbeiten wolle und mitzutun. Die Erziehung unserer Frauen, auf das sie werden stark und unabhängig und das sie bleiben deutsch und treu zum Wohle ihres Vaterlands und zum Segen unseres geliebten deutschen Vaterlands. Prof. Moosig, derzeitiger Rektor der Kölner Universität, gedachte der ermahnte zur Einheit und Gerechtigkeit in der Verfolgung des großen Ziels, unser zerstückeltes Vaterland wieder aufzubauen. Das Schlußwort sprach Frau Dr. Gertrud Krumer. Sie wünschte, daß der Geist des Zusammenhanges, des Glaubens und der inneren Freiheit diese Tagung leiten möge.

Genf, 5. Okt. Die zweite Tagung des Völkerbundes ist heute beendet. Präsident Van Karnebeeke sagte in seiner Schlussrede, enttäuscht wären diejenigen sein, die von der Konferenz in Genf erwartet hätten, daß von der Gedanke der internationalen Vereinigung und Zusammenarbeit sei genügend Gut der Menschheit geworden. Fruchtbarer Arbeit sei geleistet worden, Maßnahmen zur Befämpfung des Opiumhandels, des Wahren- und Kinderhandels seien getroffen. Der Völkerrath habe die Zahl seiner Mitglieder vermehrt, auch in der Klüftung sage sein Fortschritt gemacht worden. Auch die Errichtung eines internationalen Gerichtshofes sei zu erwägen. Morgen werde die albanische Frage behandelt. Die oberste Frage sei auf dem guten Weg der Lösung.

Der Artilleriekommandeur der Münchener Roten Armee, Lehrantspraktikant Heinrich Glaser aus Aßloch (Rheinpfalz) ist vom Münchener Volksgericht wegen Weisshilfe zum Hochverrat zu drei Jahren Festung verurteilt worden.

wollte schon ihre stille Wanderung wieder be-
 ginnen, als sie das Kind sich entgegenkommen sah.
 „Nun komm! sie steigen und fragte: „Was ist das
 für eine Pflanze, Nest?“
 „Zu Großmutters Garten!“
 „Ihren sind doch schon lange tot!“ — „Reing! Groß-
 mütter, ja, schon lange, lange.“
 „Und wenn gehört denn jetzt der Garten?“
 „„Nun!““ sagte das Kind, als verschiebe sich
 das von selbst.
 Ines bog ihren schönen Kopf unter das Ge-
 dächtnis und begann an der eisernen Kante der
 Treppe zu rütteln; Nest stand schweigend dabei, als
 sollte sie der Erfolg dieser Bemühungen abwarten.
 „Aber er ist ja verloschen!“ rief die junge
 Frau, indem sie abließ und mit dem Schminke-
 stift an der Kante der Treppe rüttelte. „Ist es der
 alte Garten, den man aus Vaters Stubenfenster
 sieht?“

— „Doch nur, wie drücken die Vögel fingen!“
Inzwischen war die alte Dienerin in den
Garten getreten. Als sie die Stimmen der beiden
in der Mauer her vernahm, beeilte sie sich, in
ihre Nähe zu kommen. „Es ist Besuch drinnen“,
erlebte sie.

— Ines legte freundlich ihre Hand an Regin
sangen. „Vater ist ein schlechter Gärtner“, sagte
er im Fortgehen; „da müssen wir beide noch hin-
und Ordnung schaffen.“

— Im Hause kam Rudolf ihr entgegen.
„Du weißt, das Müllers'se Quartet spielt heute
abend“, sagte er; die Doktorstente find da und
ollen uns vor Unterlassungssünden warnen.“

— Als sie zu den Gästen in die Stube eingetreten
waren, entspann sich ein langes, lebhaftes Ge-
spräch über Musik; dann kamen häusliche Gefährte
die noch besorgt werden mußten. Der wußte
Garten war für heut dermaßen.

(Fortsetzung folgt.)

